

# Wie denken künftige Lehrkräfte über die Eurokrise?

Ergebnisse einer Studierendenbefragung in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg

*Silvia Blum, Till van Treeck*

## 1. Einleitung

Die sozialen und politischen Folgen der Eurokrise haben die Grundfesten der Europäischen Union (EU) erschüttert. Ein Ergebnis der Krise zeigt sich im Wandel der Parteienlandschaft in vielen Mitgliedsländern: Etablierte politische Parteien haben an Unterstützung verloren, während vielerorts gerade jene Parteien in der Wählergunst gestiegen sind, die sich offen gegen den Euro als Gemeinschaftswährung wenden. Auch auf internationaler Ebene offenbaren sich die Folgen der Krise: Das Misstrauen zwischen Schuldner- und Gläubigerstaaten, deren Regierungen sich mitunter gegenseitig für die ökonomischen Turbulenzen verantwortlich machen, ist stark gestiegen und hat inzwischen ein Niveau erreicht, das für die europäische Idee zur Gefahr zu werden droht.

In diesem Artikel werden die Ergebnisse einer Befragung von Studierenden im ersten Semester an ausgewählten deutschen Universitäten vorgestellt.<sup>1</sup> In der vorgestellten Erhebung lag der Fokus auf den Vorstellungen und Einstellungen angehender Lehrerinnen und

Lehrer, die in ihrer Berufstätigkeit in einer wichtigen Multiplikatorrolle agieren, wenn sie den Themenkomplex Eurokrise unterrichten. Die befragten Lehramtsstudierenden vertreten eine Generation von heranwachsenden EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern, welche in Zeiten der wirtschaftlichen Krise und der politischen Spannungen in Europa sozialisiert wurden und werden. Diese Generation wird es sein, die zukünftige Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren hervorbringt und die Gestalt des europäischen Projekts zukünftig prägen wird. Ihr Wissen, ihre Vorstellungen und Eindrücke zur Eurokrise sind damit von herausragender Bedeutung für die Zukunft der europäischen Integration.

Aus Sicht der deutschen Bundesregierung und wirtschaftspolitischer Beratungsgremien wie dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind die überhöhte Staatverschuldung, eine lockere Fiskalpolitik sowie die schlechte Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder als zentrale Krisenursachen zu identifizieren



**Silvia Blum**  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Fakultät für Mathematik  
Universität Duisburg-Essen



**Prof. Dr. Till van Treeck**  
Institut für Sozioökonomie  
Universität Duisburg-Essen